§ 1 Name und Sitz des Vereins, Geschäftsjahr

1. Der Name des Vereins ist: „**Vision Rheintal e.V.**“.
Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden, nach der Eintragung führt er den Zusatz „e.V.“.
2. Sitz des Vereins ist Geisenheim / Rhein.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Vereinszweck: Förderung von Kunst, Kultur und Landschaft für eine lebenswerte Zukunft im „Oberen und Mittelrheintal“

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Der Zweck des Vereins ist die Förderung von Kunst und Kultur, des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Heimatkunde und Ortsverschönerung.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:

- a. Die Förderung des Aufbaues eines intakten und nachhaltigen „ÖKO“-Systems zur Umsetzung ortsnaher Maßnahmen zur BUGA 2029 und darüber hinaus.
 - b. Kommunikation über alle Maßnahmen des Vereins
 - c. Information / Konzeption / Durchführung aller Art von künstlerischen und kulturellen Veranstaltungen
 - d. Vorausschauende Planungen für die Wiederverwertbarkeit der Konzepte der BUGA 2029 über das Jahr 2029 hinaus
3. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Verein agiert partei-politisch **neutral und weltanschaulich offen**.
 4. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins.
 5. Die Mitglieder dürfen keine Einnahmenüberschüsse und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins erhalten.
 6. Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zwecke des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Mitgliedschaft

1. Der Verein besteht aus den Gründungsmitgliedern, weiteren ordentlichen Mitgliedern sowie Fördermitgliedern. Die Gründungsmitglieder sind ordentliche Mitglieder.
2. Ordentliches Mitglied kann jede juristische oder rechtsfähige Personen- / Personengesellschaft werden, welche die Aufgaben des Vereins durch Mitwirkung an deren Umsetzung unterstützt. Die Mitgliedschaftsrechte sind unveräußerlich und unübertragbar.
3. Juristische oder rechtsfähige Personen- / Personengesellschaft, die die Zwecke des Vereins durch Sach- oder Geldzuwendungen unterstützen, können als Fördermitglieder mit beratender Stimme aufgenommen werden. Sie besitzen kein Stimmrecht.
4. Der Erwerb der ordentlichen Mitgliedschaft wie auch der Fördermitgliedschaft erfolgt im Wege eines an den Vorstand zu richtenden schriftlichen Aufnahmeantrags. Der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag. Der Vorstand informiert die übrigen Mitglieder jeweils zum Ende eines Quartals über neu aufgenommene Mitglieder. Gegen die Ablehnung, die keiner Begründung bedarf, kann der Antragsteller Beschwerde erheben, die binnen eines Monats ab Zugang der Ablehnungserklärung

schriftlich an den Vorstand zu richten ist. Maßgeblich für die Einhaltung der Frist ist der Zeitpunkt des Zugangs der Berufung beim Vorstand des Vereins. Die Mitgliederversammlung entscheidet über die Beschwerde.

§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder sind berechtigt, an allen angebotenen Veranstaltungen und Projekten des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen und Angebote des Vereins im Rahmen des Vereinszwecks zu nutzen.
2. Ordentliche Mitglieder haben darüber hinaus das Recht, gegenüber dem Vorstand und der Mitgliederversammlung Anträge zu stellen.
3. Die Mitglieder sind verpflichtet, den Verein und den Vereinszweck - auch in der Öffentlichkeit - in ordnungsgemäßer Weise zu unterstützen, sowie die Satzung und Beitragsordnung anzuerkennen und einzuhalten.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft des jeweiligen Mitglieds. endet durch Austritt, Ausschluss oder im Falle einer Unternehmens-Auflösung.
2. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Der Austritt ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat zulässig.
3. Ein Ausschluss kann nur aus wichtigem Grund erfolgen. Wichtige Gründe sind insbesondere ein die Vereinsziele schädigendes Verhalten, die schwere Verletzung satzungsmäßiger Pflichten oder Beitragsrückstände von mindestens einem Jahr. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Vor einem Ausschluss muss dem Mitglied Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Gegen den Ausschluss steht dem Mitglied die Berufung an die Mitgliederversammlung zu, die binnen eines Monats ab Zugang der Ablehnungserklärung schriftlich an den Vorstand zu richten ist. Maßgeblich für die Einhaltung der Frist ist der Zeitpunkt des Zugangs der Berufung beim Vorstand des Vereins. Die Mitgliederversammlung entscheidet darüber.

§ 6 Aufnahmegebühr, Mitgliedschaft

1. Von den Mitgliedern kann eine Aufnahmegebühr sowie jährliche Beiträge erhoben werden, die einer Staffelfung unterworfen werden können. Höhe und Fälligkeit beschließt die Mitgliederversammlung mit einer 3/4 Mehrheit der ordentlichen Mitglieder. Fördermitglieder sind von der Zahlung befreit. Nähere Bestimmungen dazu werden in einer Beitragsordnung getroffen.
2. Die Mitglieder erhalten nach ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder bei Aufhebung des Vereins weder ihre Beiträge noch sonstige Zuwendungen oder Einlagen zurück.
3. Die Mittel für die Vereinszwecke sollen zusätzlich durch Zuwendungen, freiwillige Beiträge, Spenden und Sachleistungen aufgebracht werden.

§ 7 Organe

Organe des Vereins sind

- die Mitgliederversammlung
- der Vorstand
- der Beirat (Kontext-Bereiche)

§ 8 Mitgliederversammlung

1. Im ersten Quartal eines jeden Geschäftsjahres findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt.
2. Der Vorstand ist zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verpflichtet, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder mindestens 1/5 der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe von Gründen verlangt.
3. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Vereinsorgan. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere:
 - a) Wahl und Abwahl der Vorstandsmitglieder und der Mitglieder des Beirats,
 - b) Entgegennahme der Berichte des Vorstands,
 - c) Feststellung des Jahresabschlusses
 - d) Entlastung des Vorstands und des Beirats,
 - e) Wahl der Kassenprüfer/innen,
 - f) Beschlussfassung über die Beschwerde gegen die Ablehnung eines Aufnahmeantrages sowie die Berufung gegen einen Ausschließungsbeschluss des Vorstands oder den Ausschluss eines Mitglieds in Berufungsfällen,
 - g) Festsetzung der Höhe und der Fälligkeit der Mitgliedsbeiträge und Aufnahmegebühren,
 - h) Beschluss einer Beitragsordnung
 - i) Beschlussfassung über die Grundsätze für die Erstattung von Aufwendungen im Rahmen der Vereinstätigkeit.
 - j) Beschlussfassung über die Änderung der Satzung einschließlich der Änderung des Vereinszwecks,
 - k) Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins, sowie weitere Aufgaben, soweit sich diese aus der Satzung oder dem Gesetz ergeben.
4. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen schriftlich durch Brief, Fax oder E-Mail unter Beifügen der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt als den Mitgliedern zugegangen, wenn es an die letzte dem Verein bekannt gegebene Kontaktadresse (Postanschrift, Faxnummer, E-Mail Adresse) gerichtet war.
5. Im Falle berechtigter Gründe kann die Mitgliederversammlung sowie entsprechende Abstimmungen virtuell durchgeführt werden. Hierbei sind entsprechende legitimierte Tools einzusetzen.
6. Die Tagesordnung ist zu ergänzen, wenn dies ein Mitglied bis spätestens eine Woche vor dem angesetzten Termin schriftlich beantragt und der der Versammlung zur Abstimmung vorgelegt.
7. Eilanträge können während der Mitgliederversammlung nur nach Abstimmung ergänzt werden.
8. Anträge über die Wahl und Abwahl des Vorstands oder einzelnen Mitgliedern des Vorstands, über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins, die den Mitgliedern nicht bereits mit der Einladung zur Mitgliederversammlung gem. § 8. 4 zugegangen sind, können erst auf der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden.
9. Die Mitgliederversammlung wird von einem Vorstandsmitglied geleitet. Zu Beginn der Mitgliederversammlung ist ein/e Schriftführer/in zu wählen.
10. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Drittel ihrer ordentlichen Mitglieder anwesend oder durch Stimmrechtsübertragung vertreten ist. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von acht Wochen eine zweite Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen; diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.
11. Jedes ordentliche Mitglied hat eine Stimme. Fördermitglieder nehmen nur beratend teil. Abstimmungen erfolgen offen, soweit dem nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Auf

Antrag eines ordentlichen Mitglieds erfolgt die Abstimmung geheim. Das Stimmrecht kann nur persönlich oder bei persönlicher Verhinderung durch Stimmrechtsübertragung auf ein anderes ordentliches Mitglied unter Vorlage einer schriftlichen Vollmacht ausgeübt werden. Mitglieder können durch einen gesetzlichen Vertreter, einen Prokuristen oder einen schriftlich bevollmächtigten eigenen Angestellten vertreten werden.

12. Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben außer Betracht. Der Ausschluss von Mitgliedern (§ 6.3 Satz 4), Satzungsänderungen (§ 9.3 k) und die Auflösung des Vereins (§ 9.3 l) können nur mit einer Mehrheit von 3/4 der anwesenden oder durch Stimmrechtsübertragung vertretenen Mitglieder beschlossen werden. Die Änderung des Satzungszwecks ist einstimmig zu beschließen.
13. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das von Versammlungsleitung und Schriftführung zu unterzeichnen ist.

§9 Vorstand

1. Der Vorstand im Sinn des § 26 BGB besteht aus bis zu (neun) ordentlichen Mitgliedern. Er hat einen/eine Vorsitzende/n und mindestens einen/eine Stellvertreter/in. Der/die Vorsitzende oder ein/eine Stellvertreter/in und jeweils ein anderes Vorstandsmitglied vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich gemeinsam. Für bestimmte Rechtsgeschäfte im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs bei der Erledigung der satzungsgemäßen Aufgaben des Vereins, über die der Vorstand zuvor einen Beschluss gefällt hat, kann durch einen einstimmigen Vorstandsbeschluss einem Vorstandsmitglied Einzelvertretungsmacht erteilt werden. Scheidet ein Vorstandsmitglied vorzeitig aus, besteht der Vorstand bis zur Nachbesetzung unter den verbleibenden Vorstandsmitgliedern fort. Der Vorstand ist nicht von § 181 BGB befreit.
2. Die Mitgliedschaft im Vorstand ist personen-gebunden. Bei Beendigung der Mitgliedschaft endet auch das Amt als Vorstand.
3. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von 2 Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Die Tätigkeit des Vorstands ist ehrenamtlich.
4. Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit, soweit in dieser Satzung nichts Abweichendes geregelt ist. Vorstandssitzungen werden durch den/die erste/n Vorsitzende/n und bei dessen/deren Verhinderung durch den/die Stellvertreter/in mindestens zweimal jährlich mit einer Frist von 2 Wochen einberufen und geleitet. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Vorstandsmitglieder anwesend sind.
5. Zu den Aufgaben des Vorstands gehören die laufenden Geschäfte des Vereins, insbesondere:
 - a. Überwachung der Geschäfte des Vereins
 - b. Vorbereitung, Einberufung und Leitung der Mitgliederversammlungen einschließlich der Erstellung der Tagesordnung,
 - c. Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung,
 - d. Unterbreitung von Vorschlägen für die Zusammensetzung des Beirates
 - e. Entscheidung über Mitgliedschaft,
 - f. Jährliche Aufstellung des Wirtschaftsplans
 - g. Aufstellung des Jahresabschlusses bis zum 31.03. eines Jahres für das vergangene Geschäftsjahr.
 - h. Anstellung der Geschäftsführung
 - i. Verabschiedung der Geschäftsordnung für die Geschäftsführer.
6. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

§10 Beirat

1. Der Beirat besteht aus 6 bis 12 von der Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes für die Dauer von 2 Jahren zu wählenden Persönlichkeiten aus den Mitgliedern.
2. Vorstand und Geschäftsführung sollten an den Sitzungen des Beirats mit beratender Stimme teilnehmen. Der Vorstandsvorsitzende lädt mindestens im jährlichen Rhythmus zu den Sitzungen ein und leitet sie.
3. Der Beirat hat die Aufgabe gemeinsam mit dem Vorstand die Koordinierung der Vereinsarbeit zu fördern.
4. Die Tätigkeit im Beirat ist ehrenamtlich.
5. Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Er beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
6. Der Beirat kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 11 Geschäftsführung

1. Der Vorstand des Vereins kann einen/eine haupt- oder nebenamtliche/n Geschäftsführer/in und einen/eine Stellvertreter/in anstellen. Die Anstellung sowie die vorzeitige Kündigung erfolgen durch einstimmigen Vorstandsbeschluss.
2. Die Geschäftsführung führt verantwortlich die laufenden Geschäfte des Vereins nach der Satzung, den Beschlüssen der Mitgliederversammlung und des Vorstandes.
3. Die Rechte und Pflichten der Geschäftsführung werden in einer vom Vorstand zu beschließenden und von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit zu genehmigenden Ordnung der Geschäftsführung geregelt.
4. Der / die Geschäftsführer/in kann für den erweiterten Vorstand in beratender Funktion ohne Stimmrecht vorgeschlagen werden, aber keine Rolle als Vereinsvorstand übernehmen

§ 12 Kassenprüfung

1. Die Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von einem Jahr eine/n Kassenprüfer/in aus dem Kreis der ordentlichen Mitglieder.
2. Diese/r darf nicht Mitglied des Vorstands sein.
3. Wiederwahl ist zulässig.

§ 13 Auflösung des Vereins

1. Als Liquidatoren werden der/die im Amt befindliche Vorsitzende und seine/ihre Stellvertretung bestimmt, sofern die Mitgliederversammlung keinen anderslautenden Beschluss fasst.
2. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Hochschule Geisenheim-University, die es für gemeinnützige Zwecke i.S. der Satzung zu verwenden hat.

§ 14 Sonstiges

1. Der Vorstand hat den Finanzbehörden und dem Amtsgericht unverzüglich mitzuteilen, wenn die Satzung geändert oder ergänzt wird, Bestimmungen eingefügt oder aufgehoben werden, der Verein aufgelöst oder in eine andere Körperschaft überführt wird, das Vereinsvermögen als Ganzes übertragen wird, sofern dies steuerliche Vergünstigungen betrifft.
2. Vor Verteilung oder Übertragung des Vereinsvermögens ist eine Unbedenklichkeitserklärung der zuständigen Finanzbehörde einzuholen.

§ 15 Bekanntmachungsblatt des Vereins

Nach Gesetz oder Satzung notwendige Bekanntmachungen des Vereins erfolgen im Bundesanzeiger.

§ 16 Kartellrechtliche Compliance

Der Verein und seine Mitglieder bekennen sich ausdrücklich zur Einhaltung der kartellrechtlichen Vorschriften.

§ 17 Salvatorische Klausel

1. Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung rechtsunwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit aller anderen Bestimmungen hiervon unberührt.
2. Für eine rechtsunwirksame Bestimmung ist durch die Mitgliederversammlung eine rechtswirksame Bestimmung zu beschließen, die in ihrer Wirkung dem Sinn der ursprünglichen Bestimmung so weit als rechtlich zulässig entspricht.

Geisenheim, den 15. März 2024

i.V. des Gesamtvorstandes / Gründerversammlung

Otto Schell - Vorsitzender